



Deadline 2015:

Noch fünf Jahre für den
Aufbau einer Partnerschaft
zum wechselseitigen
Nutzen

Empfehlungen für den Gipfel der Vereinten Nationen zu
den Millennium-Entwicklungszielen 2010

Juli 2010

CIDSE 
together for global justice

Mit diesem Dokument legt CIDSE im Vorfeld des UN Millennium Development Goals Review Summit im September 2010 einen Fortschrittsbericht zum Stand der Millennium-Entwicklungsziele (MDG) vor. Darüber hinaus werden Vorschläge unterbreitet, mit welchen Maßnahmen der Prozess beschleunigt werden kann, um die internationale Verpflichtung zur Erreichung dieser Ziele bis 2015 zu erfüllen.

Eine tiefere politische Analyse findet sich in dem CIDSE-Hintergrundpapier zu den Millennium-Entwicklungszielen auf www.cidse.org/publications.

Ansprechpartner: Jean Saldanha, (saldanha@cidse.org) & Cliona Sharkey (sharkey@cidse.org)

Rue Stévin 16, 1000 Brüssel, Belgien – Tel: +32 2 230 70 82– Fax: +32 2 230 77 22, www.cidse.org.

Veröffentlicht von CIDSE, Rue Stévin 16, 1000 Brüssel, Belgien, im Juli 2010.

Bildmaterial © Mano Africa Fotos

Dieses Dokument ist auch auf Englisch erhältlich.

CIDSE ist ein internationales Bündnis katholischer Entwicklungsagenturen. Seine Mitglieder verfolgen bei ihren Anstrengungen, die Armut zu beseitigen und weltweit Gerechtigkeit herzustellen, eine gemeinsame Strategie. CIDSEs Anwaltschaftsarbeit erstreckt sich auf Weltordnungspolitik, Entwicklungsressourcen, Klimagerechtigkeit, Ernährung, Landwirtschaft und nachhaltigen Handel, Privatwirtschaft und Menschenrechte.

Einführung

Die weltweite konzertierte Aktion, die von der Verpflichtung der Staats- und Regierungschefs zur Jahrtausendwende vorangetrieben wird, bis 2015 die acht Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) zu erreichen, hat zwar zu Fortschritten auf einigen bedeutenden Entwicklungsgebieten geführt. Die Mängel bei den Rahmenbedingungen der MDGs – mangelnde Berücksichtigung der Menschenrechte, einseitiger Nachdruck auf Entwicklungsergebnissen auf Kosten von Prozessen, und insgesamt zu schwache Ambitionen – haben jedoch zu einem ungleichen Fortschritt geführt, wobei insbesondere die Wirkung auf die strukturellen Ursachen der Armut begrenzt oder gar nicht vorhanden ist.

Der Klimawandel und die Nahrungs- und Finanzkrise haben positive Trends bei der Armutsverringerung und im Kampf gegen den Hunger wieder in Frage gestellt oder sogar umgekehrt. Die weltweiten Anstrengungen, die vielfältigen Krisen zu bewältigen, haben die Hauptlücken in der derzeitigen weltweiten Entwicklungspartnerschaft aufgedeckt. Nun müssen Maßnahmen ergriffen werden, um diese Lücken beim Streben nach einer echten weltweiten Entwicklungspartnerschaft zu schließen, einer Partnerschaft, die vereint statt trennt und der man sich in einem Klima der Zusammenarbeit und Solidarität freiwillig anschließt, um die ideologischen Gräben zu überwinden.

Die CIDSE geht davon aus, dass die folgenden grundlegenden Prinzipien für den Aufbau und Bestand einer echten Entwicklungspartnerschaft von zentraler Bedeutung sind:

- **Gegenseitige Verantwortlichkeit:** Interessengruppen stellen bestimmte Mittel für die Partnerschaft verbindlich bereit. Sämtliche Mittel werden als gleich wertvoll zur Erreichung des gemeinsamen Ziels angesehen. Die Interessengruppen sind für die der Partnerschaft bereitgestellten Mittel verantwortlich.
- **Subsidiarität:** Strategische Ergebnisse und Handlungskonsequenzen werden im Dialog mit denen entwickelt, die für ihre Umsetzung ausschlaggebend sind.
- **Transparenz:** Sämtliche in die Partnerschaft eingebrachten Handlungen, Entscheidungen und Mittel sind für sämtliche beteiligten Partner und sämtliche von der Partnerschaft Betroffenen transparent.

Eine echte Partnerschaft zur Bewältigung des Klimawandels

Der Klimawandel bedroht das Erreichen der MDGs insgesamt. Umgekehrt hätte deren Umsetzung eine beträchtliche Wirkung auf die Bewältigung des Klimawandels

¹. Um weiter Fortschritte bei der Erreichung der MDGs zu machen, ist es deshalb von entscheidender Bedeutung zu gewährleisten, dass im Zentrum jedes zukünftigen Abkommens über den Klimawandel die Beseitigung der Armut und das Recht auf Entwicklung eine zentrale Stellung einnehmen.

Der gegenwärtige Klimawandel ist hauptsächlich das Ergebnis des Wachstums der Industrieländer, das auf fossilen Brennstoffen beruht. Als erste und in besonderem Maße betroffen sind jedoch die Entwicklungsländer, die eigentlich am wenigsten zu diesem Problem beigetragen haben. Die Industrieländer haben daher eine historische und moralische Verpflichtung, bei der weltweiten Reaktion auf den Klimawandel die Führung zu übernehmen. Mit ihren größeren finanziellen und technischen Fähigkeiten sind sie auch am ehesten in der Lage, die dringend erforderlichen Emissionsverringerungen zu erbringen und den Entwicklungsländern die Unterstützung zu geben, damit sie sich den Auswirkungen des Klimawandels anpassen und in nachhaltiger Weise entwickeln können. Die Industrieländer haben sich dazu verpflichtet, die Führung bei der Verringerung des CO₂-Ausstoßes im Rahmen des UNO-Rahmenabkommens zum Klimawandel (UNFCCC von 1992) und des rechtsverbindlichen

Kyoto-Protokolls (1997)² zu übernehmen. Beim G8-Gipfel 2009 wie auch beim Kopenhagener Klimagipfel im selben Jahr verpflichteten sich die Industrieländer, ein weiteres Ansteigen der globalen Oberflächentemperaturen auf bis zu 2° C zu beschränken. Allerdings sind die derzeit bei Klimawandelverhandlungen von der überwiegenden Mehrheit der Industrieländer gemachten Emissionsverminderungs-Zusagen wissenschaftlich unangemessen, und moralisch nicht zu rechtfertigen. Sie stellen keine Gerechtigkeit für die an den Auswirkungen des Klimawandels leidenden Entwicklungsländer dar. Die Industrieländer gehen bei den Emissionsverringerungen nicht voran und ihre aktuellen Zusagen reichen nicht aus, um einen Anstieg von 2° C zu verhindern.

Ein Gesamtziel von über 40% Reduzierung bis 2020 sowie 80-95% bis zum Jahre 2050, gemessen am Niveau von 1990, ist von Seiten der Industrieländer erforderlich, damit eine vernünftige Aussicht besteht, einen globalen Temperaturanstieg von 2° C zu vermeiden³. Die derzeitigen Zusagen der Industrieländer legen aber einen weiteren Anstieg der weltweiten Oberflächentemperatur zwischen +2,8 und +4,3° C nahe⁴. Die Kosten eines solchen Anstiegs wären katastrophal. Laut neuestem Sachstandsbericht des IPCC würde ein Temperaturanstieg von mehr als 2° C die Ernährungssicherheit und den Zugang zu Trinkwasser für Menschen in Entwicklungsländern im zweistelligen Millionenbereich stark gefährden⁵.

Trotz der seit 1992 von den Industrieländern eingegangenen Verpflichtungen, „neue und zusätzliche“ Finanzmittel zur Bewältigung des Klimawandels in den Entwicklungsländern bereit zu stellen, sind die gemachten Zusagen und ausgezahlten Mittel bei weitem nicht ausreichend. Derzeit besteht eine Lücke von schätzungsweise 17 Mrd. US-Dollar (Stand: 30. Juli 2010) zwischen den zugesagten und den tatsächlich bei der UNFCCC und anderen Körperschaften in den vergangenen Jahrzehnten eingegangenen Geldern.⁶

Eine Übereinkunft über den Umfang und die Quellen zur Finanzierung im Rahmen eines neuen globalen Klimaschutzabkommens steht zwar noch aus, die aktuell von den Industrieländern diskutierte Zahl von 100 Milliarden US-Dollar an öffentlichen und privaten Mitteln bis 2020 liegt jedoch weit unter dem geschätzten Bedarf für die öffentliche Finanzierung, der bis zum Jahr 2020 wahrscheinlich 200 Milliarden US-Dollar übersteigen wird.⁷ Des Weiteren ermöglicht es das Fehlen einer vereinbarten Definition für ‚neue und zusätzliche‘ Finanzmittel gegen den Klimawandel vielen Geberländern, sämtliche Gelder, die über die über den aktuellen Stand der Entwicklungshilfe hinausgehen, als neu und zusätzlich zu deklarieren. Derzeit gibt es Anzeichen, dass Geberländer in vielen Fällen beabsichtigen, Mittel, die zur Erfüllung ihrer bestehenden ODA-Verpflichtungen (Official Development Assistance) verwendet worden wären, umzuleiten, um ihren neuen Zahlungsverpflichtungen zum Klimaschutz nachzukommen. Um wirklich neu und zusätzlich zu sein und negative Folgen für die Erfüllung der MDGs zu vermeiden, müssen die Klimaschutzzahlungen aber zusätzlich zu den bestehenden ODA-Verpflichtungen erfolgen.

Versuche der Industrieländer, ihre Verantwortung zur Bewältigung des Klimawandels bei den laufenden Verhandlungen für ein neues globales Klimaschutzabkommen auf die Entwicklungsländer abzuwälzen, spiegeln die strukturellen Ungleichgewichte und ungleichen Machtbeziehungen wider, die auch für den mangelnden Fortschritt beim Millennium-Entwicklungsziel 8 (Globale Partnerschaft) verantwortlich sind. Eine faire, effektive und verbindliche globale Klimawandelvereinbarung ist dringend vonnöten, wenn eine gerechte und Entwicklungspartnerschaft erreicht werden soll, die diesen Namen verdient.

Die internationale Gemeinschaft muss im Rahmen der Vereinten Nationen ein faires, ehrgeiziges und verbindliches Abkommen vereinbaren, das die Rechte der Menschen in den Entwicklungsländern auf ihre Entwicklung respektiert und schützt. Dazu gehören:

- **Bestimmungen, die den globalen Temperaturanstieg auf deutlich unter 2° C beschränken und eine Verpflichtung der Industrieländer enthalten, in**

Anerkennung ihrer historischen Verantwortung gegenüber der internationalen Gemeinschaft bei der Reduzierung ihrer Treibhausgasemissionen um mehr als 40% bis 2020 und um 80-95% bis 2050 (jeweils gemessen am Niveau von 1990) voran zu gehen. Emissionsreduktionsziele sollten verbindlich sein und wirksame Mechanismen zur Umsetzung und Rechenschaftslegung enthalten, um Schlupflöcher zu vermeiden.

- **ein Voranschreiten der EU, indem sie sich einseitig sofort auf ein Reduktionsziel von 30% verpflichtet, als ersten Schritt hin zu einem Ziel von über 40% bis 2020, gemessen am Niveau von 1990.**
- **die Verpflichtung der Industrieländer, ausreichend neue und (über die bestehenden ODA-Verpflichtungen hinausgehende) zusätzliche Gelder bereit zu stellen, die verlässlich, sicher und zugänglich sind; darüber hinaus Zugang zu Technologien und Kapazitätsausbau – jeweils auf eine messbare, berichtsfähige und verifizierbare Weise - , um die Minderungs- und Anpassungsbemühungen der Entwicklungsländer zu fördern und zu befähigen.**
- **innovative Finanzierungsmechanismen, um verlässliche, zusätzliche öffentliche Gelder für Klimaschutzmaßnahmen sicherzustellen, die je nach künftigem Bedarf aufgestockt werden können. Vorrang sollten dabei die Mechanismen erhalten, die die Kosten der Umweltschäden an Gütern und Dienstleistungen internalisieren und dabei eine ‚doppelte Dividende‘ abwerfen, indem sie Anreize zum Vermeiden von umweltschädigenden Aktivitäten setzen.**

Eine echte Partnerschaft für weltweite Ernährungssicherheit

Zwischen 2005 und 2009 ist die Zahl der chronisch an Hunger leidenden Menschen von 850 auf über 1000 Mio drastisch angestiegen. Die Ursache dafür lag nicht in einem Mangel an Angebot. Im Gegenteil wurde im Jahre 2008 eine Rekordernte von 2,28 Mrd. Tonnen Getreide verzeichnet.⁸ Als jedoch die Rohstoffpreise in den Jahren 2007 und 2008 stiegen, schossen auch die Preise für Nahrungsmittelimporte in die Höhe. Aufgrund der Unterfinanzierung der Landwirtschaft, der Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik sowie unfairer Handelspolitik in den vergangenen Jahrzehnten sind die lokalen Erzeugersysteme in den Entwicklungsländern ausgezehrt oder sogar zerstört worden, und mehrere hundert Millionen Menschen wurde der Zugang zu einer angemessenen Ernährung verschlossen. Zwar gingen viele Menschen 2007 und 2008 protestierend auf der Straße, die Lage verschlimmerte sich jedoch noch, als sich die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise bemerkbar machten.

Die in den vergangenen Jahrzehnten durch globale Institutionen aggressiv durchgesetzten politischen Strategien haben eine nicht unerhebliche Rolle dabei gespielt, das derzeitige, sehr instabile globale System der Nahrungsmittelversorgung zu schaffen. Diese Institutionen müssen jetzt eine Hauptrolle bei der Förderung eines neuen Systems übernehmen, das gerecht und nachhaltig ist.

Allerdings konnte im Verlauf der politischen Diskussionen seit Ausbruch der Krise im Jahre 2007/2008 auch eine Reihe positiver Entwicklungen verzeichnet werden. Dazu gehören beispielsweise eine erneute Anerkennung der Bedeutung von Investitionen in die Landwirtschaft in Entwicklungsländern, ein stärkerer Schwerpunkt auf kleinbäuerlicher Landwirtschaft sowie politische und finanzielle Initiativen. Bisher bleiben jedoch die Verpflichtungen zur massiven Aufstockung und Neuausrichtung der Investitionen in Landwirtschaft und ländliche Entwicklung und die Verpflichtung zu wirklichen Veränderungen in der Politik, die erforderlich sind, um die grundlegenden Ursachen der globalen Ernährungsunsicherheit zu bewältigen, weit hinter den Erwartungen zurück.

- Das Recht auf Ernährung muss als politische Leitlinie festgelegt, umgesetzt und entsprechend kontrolliert werden.
- Um die Ernährungssicherheit in den Entwicklungsländern voranzubringen, müssen die Landwirtschafts- und Handelspolitik der entwickelten Länder reformiert werden. Das bedeutet das Ende sämtlicher direkter und indirekter Exportsubventionen und die Garantie, dass Regierungen von Entwicklungsländern genügend politischen Spielraum haben, um die lokalen Lebensbedingungen zu unterstützen und Entwicklung zu fördern. Wirksame Sicherheitsvorkehrungen dafür, dass Handels- und Landwirtschaftspolitik die Menschenrechtsverpflichtungen einhalten, sind ein bedeutendes politisches Instrument.
- Die Landwirtschafts-, Handels-, Umwelt- und Entwicklungspolitik der Industrieländer sollte artenreiche, agro-ökologische und sozial gerechte Landwirtschaftssysteme im In- und Ausland fördern.
- In den Entwicklungsländern sollten Investitionen in Landwirtschaft und ländliche Entwicklung kleine, agro-ökologische und belastbare Anbausysteme unterstützen, die das beste Potenzial haben, den Zugang armer Erzeuger und Verbraucher zu erschwinglichen und angemessenen Nahrungsmitteln und anständigen Lebensbedingungen zu sichern sowie die Abhängigkeit von problematischen Nahrungsmittelimporten in vielen Entwicklungsländern zu verringern.
- Nationale Regierungen und die internationale Gemeinschaft sollten sämtliche notwendigen Schritte ergreifen, um die Inbesitznahme von Land, das so genannte „land grabbing“, das mit dem vorherrschenden Modell der exportorientierten und industriellen Landwirtschaft verknüpft ist, zu beenden und die Landbesitzrechte gefährdeter Personenkreise zu sichern.
- Die Weltnahrungsmittelpreise sollten stabilisiert und die Spekulation mit Nahrungsmittelvorräten eingedämmt werden.
- Eine effektive, schlüssige und umfassende Welternährungspolitik – mit besonderer Beachtung der Stimmen der Ernährungsgefährdeten – muss etabliert werden, wobei der UN-Ausschuss zur Nahrungssicherheit die zentrale Stellung einnimmt.
- Die Geber sollten sich auf ODA-Zuweisungen verpflichten, die zumindest dem Finanzvolumen entsprechen, auf das sich die afrikanischen Länder im Maputo-Abkommen 2003 festgelegt haben, als sie beschlossen, in den nächsten fünf Jahren mindestens 10% der jährlichen Haushaltsmittel der landwirtschaftlichen und ländlichen Entwicklung zu widmen.

Eine echte Partnerschaft als Ausgleich der Folgen und Auswirkungen der Finanzkrise

Gemäß den von der Weltbank veröffentlichten Zahlen sind 2008 die privaten Kapitalzuflüsse in Entwicklungsländer auf die Hälfte gesunken.⁹ Afrika südlich der Sahara war von der abgeschwächten externen Nachfrage, den gesunkenen Exportpreisen, den geringeren Heimatüberweisungen von Arbeitsmigranten und Einnahmen aus dem Tourismus und den stark zurückgefahrenen Kapitalzuflüssen am stärksten betroffen. Da sich diese Länder – neben den bestehenden Problemen wie spärlichen Steuereinnahmen wegen Kapitalflucht, Steuerhinterziehung und Schuldenlasten – mit den Auswirkungen des Klimawandels und der Nahrungsmittelknappheit auseinandersetzen müssen, verfügen sie über wenig haushaltspolitischen Spielraum, um in ihre Entwicklung zu investieren. Es besteht die dringende Notwendigkeit, die gegenwärtigen Kanäle der Einnahmenerzielung dahingehend zu modifizieren,

dass sie vom vorherrschenden Modell der Entwicklungsfinanzierung mit seiner Vorrangstellung der Geberhilfe abrücken. Stattdessen sollte die Fähigkeit eines Landes gestärkt werden, einheimische Mittel auf gerechte und nachhaltige Art und Weise zu beschaffen.

Kapitalflucht und Steuerhinterziehung bekämpfen

Die Besteuerung ist für die Entwicklungspolitik von entscheidender Bedeutung, nicht nur zur Finanzierung, sondern auch zur Förderung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit und zur Stärkung der demokratischen Verantwortung und Beteiligung, und zwar sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Allerdings waren die Möglichkeiten für Entwicklungsländer, progressive Steuersysteme einzuführen, begrenzt. Neben den bekannten Einschränkungen in den Bereichen Verwaltungskapazität und Regierungsführung gibt es eine Reihe von externen Faktoren, die die Fähigkeit dieser Länder beeinflussen, inländische Ressourcen effektiv zu mobilisieren. Dazu zählen die Beratung von Institutionen wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF) oder Anforderungen an die Umgestaltung von Steuersystemen aufgrund von Handelsabkommen, Auflagen im Zusammenhang mit Schuldenerlass oder Entwicklungshilfe; Steuerwettbewerb; gezielte Verzerrung von Handelspreisen durch transnationale Unternehmen und der Fortbestand von Steueroasen. Afrika büßte beispielsweise in der Zeit zwischen 1970 und 2008 kumulativ zwischen 854 und 1.800 Milliarden US-Dollar durch Kapitalflucht ein. Dieser Betrag würde ausreichen, um alle noch ausstehenden Auslandsschulden der Region zurückzuzahlen, und dabei würden noch über 600 Milliarden US-Dollar für Armutsbekämpfung und Wirtschaftswachstum übrig bleiben.¹⁰ Darüber hinaus weisen Beobachter darauf hin, dass insbesondere arme Frauen durch eine Reform von Steuersystemen belastet werden, die gleichzeitig nicht in der Lage ist, ausreichende Einnahmen zu generieren, um Programme zu finanzieren, die Frauen helfen, sich und ihre Familien zu ernähren.¹¹ Länderübergreifende Zusammenarbeit, Einnahmentransparenz und ordnungsgemäß regulierte Finanzinstitutionen sind von zentraler Bedeutung, wenn es darum geht, dass Regierungen aus Steuereinnahmen effektiv Ressourcen mobilisieren. Dies erfordert gemeinsame Anstrengungen und internationalen Druck auf jene, die für die Aufrechterhaltung der Problematik sorgen.

- **Börsennotierte Unternehmen müssen dazu verpflichtet werden, finanzielle Aktivitäten einschließlich Gewinne und Steuerzahlungen für die einzelnen Länder ihrer unternehmerischen Tätigkeit zu melden.**
- **Steuerhinterziehung ist eine Straftat und sollte als solche geahndet werden. Die internationale Zusammenarbeit von Gerichten und Steuerbehörden zur Verfolgung von Steuerhinterzieher/innen muss verstärkt werden.**
- **Die wirtschaftlichen Eigentumsverhältnisse aller Gesellschaften, Trusts und Stiftungen sollten in allen Jurisdiktionen erfasst werden und öffentlich zugänglich sein.**
- **Der Sachverständigenausschuss der Vereinten Nationen für internationale Zusammenarbeit in Steuerfragen sollte zu einem zwischenstaatlichen Ausschuss aufgewertet werden.**

Steuern auf Finanztransaktionen als Maßnahme gegen die globalen Schwächen der Weltwirtschaft und zur Aufbringung von Ressourcen für die Entwicklungspolitik

Die Finanzmärkte sind in den letzten zwei Jahrzehnten eklatant gewachsen. 2008 beispielsweise überstieg das Volumen der Finanztransaktionen das nominale Bruttoinlandsprodukt um das 74-fache. 1990 lag dieses Verhältnis nur bei 15:1.¹² Auf diesen Märkten, in denen Geld und nicht

Waren oder Dienstleistungen als Ware gehandelt wird, besteht meist keine direkte Verbindung mehr zwischen realem Wachstum, Produktion und der Schaffung von Arbeitsplätzen einerseits, und den Finanztransaktionen andererseits, die rein spekulativ sind und sich negativ auf die Realwirtschaft und damit auf die Entwicklung auswirken. Die destabilisierenden Auswirkungen von Spekulation auf ihre Währungen haben die Länder Südostasiens in den 1990er Jahren genau wie die Länder der Euro-Währungszone im Frühjahr 2010 unmittelbar erleben müssen.

Steuern auf Finanztransaktionen haben das Potenzial, zur Stabilisierung der Finanzmärkte beizutragen und gleichzeitig gewaltige Einnahmen zu generieren. Steuern auf Finanztransaktionen würden die Kosten von Spekulationsgeschäften erhöhen und damit zur Abmilderung der Preisschwankungen auf den Aktien-, Rohstoff- und Devisenmärkten beitragen. Gleichzeitig hätten sie nur einen minimalen Einfluss auf die Realwirtschaft, denn es würden nur Steuern auf Transaktionen zwischen Finanzmarktakteuren erhoben, während Transaktionen zwischen Kunden und Finanzinstitutionen – wie der Kauf von Waren – davon befreit wären. Bei Berücksichtigung aller Transaktionen würden solche Steuern bei Sätzen zwischen 0,01 % und 0,1 % Einnahmen zwischen 0,5 % und 2,4 % des Welt-BIP generieren. Diese Größenordnung entsprächen in etwa dem Finanzierungsbedarf der Millennium-Entwicklungsziele sowie weiterer Entwicklungsanforderungen angesichts von Klimawandel und anderen aktuellen Krisen.

- **Die politischen Führer sollten ein globales Abkommen schließen, um Steuern auf Finanztransaktionen beim MDG Review Summit zu implementieren.**
- **Die Einnahmen aus den Steuern auf Finanztransaktionen sollten zur Finanzierung der Entwicklungserfordernisse, einschließlich der Millennium-Entwicklungsziele und der Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels eingesetzt werden, und zwar zusätzlich zu bestehenden Verpflichtungen öffentlicher Entwicklungsfinanzierung (ODA).**
- **Die Vereinten Nationen sollten bei der Festlegung der Verwendungszwecke der Einnahmen aus den Steuern auf Finanztransaktionen eine entscheidende Rolle spielen.**
- **Entscheidungen über die Verwaltung und Zuweisung der Mittel sollten in einem multilateralen Rahmen auf der Grundlage der Gleichberechtigung aller Akteure und der Einbeziehung eines breiten Spektrums von Anspruchsträgern getroffen werden.**

Strukturreform der öffentlichen Entwicklungshilfe

Aufgrund ihrer eingeschränkten Fähigkeit, inländische Ressourcen effektiv zu mobilisieren, und der mangelnden Zuverlässigkeit von Kapitalzuflüssen aus Auslandsinvestitionen und Heimatüberweisungen, vor allem während der Finanzkrise, sind arme Länder weiterhin auf die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) angewiesen, insbesondere um die Ausgaben im sozialen Bereich aufrechtzuerhalten, von denen insbesondere Frauen unmittelbar betroffen sind. Für diese Länder ist es weiterhin von großer Bedeutung, dass die Geldgeber ihre Zusagen einhalten. Obwohl die öffentliche Entwicklungshilfe 2008 ihren bisher höchsten Stand erreichte, gibt es weiterhin große Lücken in den laufenden Aufwendungen sowie den bestehenden und langfristigen Verpflichtungen. Das ODA-Ziel des G8-Gipfels von Gleneagles für das Jahr 2010 beläuft sich auf ca. 154 Milliarden US-Dollar in Barwerten. Um dieses Ziel zu erreichen, sind im Laufe von 2010 noch zusätzliche Zuflüsse in Höhe von 35 Milliarden US-Dollar erforderlich.

Neben der Einhaltung von Zusagen für ODA-Mittel sind auch die Art und Weise, wie öffentliche Entwicklungshilfe verwaltet und ausgegeben wird, sowie Entscheidungen über ihre Zuweisung – wer sie trifft und wie sie getroffen werden – wichtige Punkte, die im ODA-System behandelt werden müssen. Die bestehenden Initiativen zur Steigerung der ODA-Wirksamkeit

wie die Pariser Erklärung und in ihrem Gefolge der Aktionsplan von Accra sind jedoch zu technokratisch und beziehen diese grundlegenden Themen nicht mit ein. Geber müssen über die derzeit eng definierte Agenda über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit hinausblicken und einen rechthebasierten Ansatz für Entwicklungshilfe sowie deren Durchführung und Überwachung entwickeln.

- **Alle Geberländer müssen rechtliche Rahmenbedingungen festlegen, um die ODA-Verpflichtungen durchzusetzen.**
- **Grundlagen der Beteiligung, Eigenverantwortlichkeit und Transparenz und ein rechthebasiertes Ansatz müssen in die ODA-Agenda eingebunden werden, um Regierungen und andere Akteure anzuleiten, sich auf die Schwächsten, Ärmsten und am stärksten marginalisierten Gruppen zu konzentrieren und diese zu stärken.**

Eine Strukturantwort auf die Schuldenlasten armer Länder

Internationale Zusagen, zu denen man sich im Rahmen der HIPC-Initiative der hochverschuldeten armen Länder (HIPC, 1996) und der Multilateralen Entschuldungsinitiative (MDRI, 2006) verpflichtet hatte, sollten die Schuldenlast der armen Länder auf ein tragbares Niveau reduzieren, um sicherzustellen, dass kein Land eine Schuldenlast tragen muss, die es nicht bewältigen kann. Durch diese Vereinbarungen wurden jedoch genau genommen nur bei 25 der für einen Schuldenerlass in Frage kommenden 40 Länder die Schulden auf ein tragfähiges Niveau reduziert. Neben Problemen bei der Regelung des Zugangs zu diesen Initiativen waren sie auch in vielerlei anderer Hinsicht alles andere als perfekt : Sie waren an Auflagen gebunden und konnten nicht gewährleisten, dass auch nach der Bedienung fälliger Zins- und Tilgungszahlungen noch Mittel übrig blieben. Dennoch ist es Ländern mit Schuldenerlass gelungen, deutlich mehr in Entwicklung zu investieren. In Mosambik zum Beispiel, wo Aufwendungen zur Senkung der Armut sich von 792 Millionen US-Dollar auf über 2 Milliarden US-Dollar verdreifacht haben, und zwar teilweise infolge des Schuldenabbaus, konnten 120.000 mehr Frauen pro Jahr ihre Kinder in einem Krankenhaus oder einer Klinik zur Welt bringen.¹³ In der Finanzkrise verfügten Länder, die vom Schuldenabbau profitiert hatten, über mehr Spielraum für eigene Konjunkturprogramme.¹⁴

Viele Länder jedoch, davon etliche mit illegitimen Schulden, die nicht für einen Schuldenerlass in Frage kommen, werden weiterhin von Schulden in untragbarer Höhe belastet. Darüber hinaus behandeln die derzeitigen Schuldenerlass-Initiativen mit ihrem Ad-hoc- und Einmalcharakter nicht das systemische Defizit des traditionellen Machtgleichgewichts zwischen Gläubigern und Schuldern, so dass Letztere weiter auf die Gnade Ersterer angewiesen sind. Da dieses Defizit eine gemeinsame Verantwortung von Gläubigern und Schuldern verhindert, sorgt es weiterhin für erhebliche Fehlanreize zu unverantwortlicher Kreditvergabe (moral hazard). Die Finanzkrise hat außerdem Länder mit erheblicher Schuldenlast daran gehindert, in ihre Entwicklungsprioritäten zu investieren. Laut den aktuellen Daten von IWF und Weltbank dürfte die Schuldenlage bei bis zu 37 einkommensschwachen Ländern aufgrund der anhaltenden globalen Krise sehr kritisch werden.¹⁵ Es muss eine strukturelle Lösung gefunden werden, um dem Schuldenüberhang der armen Länder ein Ende zu setzen, der bislang dem einheimischen Bedarf wertvolle Ressourcen entzieht, um sie für den Schuldendienst zu verwenden.

- **Es muss ein verbindliches, umfassendes, unabhängiges und berechenbares Schiedsverfahren für Forderungen aus Staatsschulden mit den einschlägigen Institutionen entwickelt und auf internationaler Ebene verabschiedet werden.**
- **Maßnahmen zum Schuldenabbau oder Schuldenerlass dürfen nicht vorab durch Auflagen, besonders nicht durch Wirtschaftsaufgaben, beschnitten werden.**

- **Der Schuldenerlassbedarf einzelner Länder, und dabei insbesondere jener Länder, die noch nicht in die bestehenden Schuldenerlassmaßnahmen aufgenommen wurden, und auch solcher mit illegitimen Schulden, muss überprüft werden, und zwar insbesondere auf der Grundlage des Finanzierungsbedarfs zur Umsetzung ihrer entwicklungspolitischen Prioritäten.**
- **Die Nationen der Welt sollten sich dazu verpflichten, Geierfonds daran zu hindern, über gefährdete Länder mit Schuldenproblemen herzufallen, indem sie nationale Gesetze verabschieden und den Ländern, die durch Geierfonds vor Gericht gestellt werden, rechtliche und finanzielle Hilfe bieten.**

Reform der internationalen Finanzinstitutionen

Viele Länder – sowohl Industrie- als auch Schwellenländer und arme Länder – leiden unter der Finanzkrise und haben IWF-Finanzhilfe beantragt, aber nur als allerletzten Ausweg. Ihre Zurückhaltung weist darauf hin, dass sie sich durchaus der Tatsache bewusst sind, dass eine derartige Unterstützung für das soziale und wirtschaftliche Wohlergehen ihrer Volkswirtschaften einen hohen Preis hat. IWF-Programme, die in der Praxis mit wenig demokratischer Kontrolle eingeführt und umgesetzt werden, erfordern häufig eine Senkung der staatlichen Haushalte, die wiederum oftmals durch den Abbau von Arbeitsplätzen erreicht wird. Davon sind insbesondere Frauen betroffen, da sie in öffentlichen Verwaltungen meist auf niedrigeren Hierarchieebenen beschäftigt werden, und diese Arbeitsplätze für Geringqualifizierte als erste abgeschafft werden, wenn Behörden Stellen abbauen müssen.¹⁶

Leider hat die Finanzkrise dem IWF – der sich in den vergangenen Jahren mit ernsthaften Fragen bezüglich seines Mandats und seiner Daseinsberechtigung auseinandersetzen musste – erhebliche Verantwortung bei der Unterstützung von Ländern im Umgang mit der Krise zugeteilt, ohne dass die Mitgliedsländer notwendige Reformen der Institution gefordert hätten. Dies gilt auch für die Weltbank und ihre Reformagenda, deren Kompetenzen infolge der Krise deutlich erweitert wurden. Es muss noch viel getan werden, um diese Institutionen zu reformieren, um eine echte globale Partnerschaft für Entwicklung zu schaffen.

- **Alle IWF- und Weltbank-Programme in einem Land müssen vorab der ordnungsgemäßen Zustimmung des jeweiligen Parlaments unterworfen werden.**
- **Bei den Stimmrechten müssen auch Variablen berücksichtigt werden, die die Nachfrage nach den Leistungen der Institutionen widerspiegeln,.**
- **Der Anteil der Sitze von Entwicklungsländern im Vorstand sollte erhöht werden.**
- **Für politische Entscheidungen müssen Abstimmungen mit doppelter Mehrheit eingeführt und verankert werden.**
- **Die internationalen Finanzinstitutionen sollten die Mandate von UN-Agenturen einhalten.**

Wie geht es weiter? Eine Win-Win-Partnerschaft ist möglich!

Trotz der bislang geringen Fortschritte bei der Verwirklichung der Millennium-Entwicklungsziele glauben wir immer noch, dass es bei dem im September dieses Jahres stattfindenden MDG Review Summit möglich sein wird, eine Lösung zu finden, die alle zufrieden stellt. In den Augen der CIDSE als Netzwerk katholischer Entwicklungsorganisationen mit dem Auftrag, internationale Solidarität zu praktizieren, stellt ein solches Ergebnis ein klares Engagement zum Schulterschluss mit den in Armut, Bedrängnis und anderen Nöten lebenden Männern, Frauen und Kindern auf der ganzen Welt dar. Um dies Wirklichkeit werden zu lassen, müssen alle Regierungen ehrlich prüfen, was sie tun müssen, um aktuelle Hindernisse zu überwinden und

einen Weg nach vorn zu finden. Ihre Befunde müssten in klaren, zeitlich festgelegten Verpflichtungen festgehalten werden, für die sie zur Rechenschaft gezogen werden können. Gleichzeitig müssten sie anerkennen, dass Politik in allen Bereichen der Wirtschaft mit Entwicklung verbunden ist. Wenn daher die Bemühungen zur Beseitigung von Armut, Hunger und Ungleichheit strukturelle und nachhaltige Veränderungen mit sich bringen sollen, müssen alle Sektorpolitiken auf die im Rahmen des Schutzes der universellen Menschenrechte festgelegten entwicklungspolitischen Verpflichtungen abgestimmt sein.

Wir wollen hoffen, dass die politischen Führer, aufgrund ihres klaren Engagements zum Schulterschluss mit den in Armut, Bedrängnis und anderen Nöten lebenden Männern, Frauen und Kindern auf der ganzen Welt für die nächsten fünf Jahre, in der Lage sein werden, 2015 wieder zusammen zu kommen, um das Erreichen und Übertreffen der Millennium-Entwicklungsziele zu feiern.

¹ “The MDG Path to a Climate Change Solution”, End Poverty 2015 Campaign.

<http://www.slideshare.net/endpoverty2015/the-mdg-path-to-a-climate-change-solution>.

² Außer den USA, die das Kyoto Protokoll nicht unterzeichnet haben.

³ Climate Change 2007, the Fourth Assessment Report of the United Nations Intergovernmental Panel on Working Group III Mitigation. Box 13.7. ‘State of the World 2009, Into a Warming world; A Safe Landing for the Climate’, Chapter 2, auf <http://www.worldwatch.org/sow09>.

⁴ <http://www.climateactiontracker.org>.

⁵ “Climate Change 2007: Impacts, Adaptation and Vulnerability”. Beitrag der Arbeitsgruppe II zum Vierten Sachstandsbericht des Intergovernmental Panel on Climate Change. Cambridge u.a.: Cambridge University Press, S. 779-810.

⁶ <http://www.climatefundsupdate.org/graphs-statistics>.

⁷ http://climatenetwork.org/climate-change-basics/CAN_FAB_Essentials.pdf; “Climate Finance Post-Copenhagen, the \$100bn questions”, Oxfam Briefing note, May 2010. “The Global Report of the Economics of Adaptation to Climate Change Study”, Washington DC: World Bank, 2009.

⁸ FAO 2009b: “More people than ever are victims of hunger”, Background Note, June 2009: http://www.fao.org/fileadmin/user_upload/newsroom/docs/Press%20release%20june-en.pdf.

⁹ World Bank, Global Development Finance: “Charting a Global Recovery”, Washington, 2009.

¹⁰ Kar, Dev and Cartwright-Smith, Devon, Global Financial Integrity, “Illicit Financial Flows from Africa: Hidden Resources for Development”, March 2010.

¹¹ Grown, Caren and Valodia, Imraan, “Gender and Taxation systems”, Essay veröffentlicht in Tax Justice Focus, 2007, Vol. 3, No. 1, Tax Justice Network.

¹² Schulmeister, WIFO, 2009.

¹³ DFID: <http://www.dfid.gov.uk/Media-Room/News-Stories/2010/Debt-relief-in-Mozambique>.

¹⁴ UNDP: <http://www.undp.org/africa/africaviewpoint/2009-july.pdf>.

¹⁵ <http://siteresources.worldbank.org/INTDEBTDEPT/Resources/468980-1170954447788/3430000-1266857316075/2010Tunis01Joly.pdf>.

¹⁶ Murphy, Emma C. “Women in Tunisia: Between State Feminism and Economic Reform.” *Women and Globalization in the Arab Middle East*. Boulder, CO: Lynne Rienner Publishers, 2003.

CIDSE

together for global justice

